

der es fernersekt abge-
geben von 500 Mark
Stücke von jeder mit

n. Weiser, der früher
f. ba er den Entwurf
der mit 173440
einführt, die Stadt-
Anstalten vermerkt
aufgefordert worden,
fer weiter gelagert, daß
werden müßten. Der
ung, daß sie ihm total

ratung über die Ver-
geladenen Stadter-
berständliche Vereini-
gung, entgegen dem
Stand noch zu hören
ständigen an ver-
rand läßt den Wert
nehmung dieses Zeu-
nefflagen in scharfen
geleitet wurden, war
nicht erörtere die an-
n. Verhinderung durch
mehr und teile mit,
er Verhandlung fort-

erland.

er, Schmiede, Schnei-
ernt Aufschneiden und
ader, Tischler (Wei-
bau).

nwürfe
r. Stiff.

10. September.

Siedlung Reden-
eichskommissar Dr.
orden, in dem gegen
Herrn Dr. Stiff,
werden. U. a. wird
entgegen den
eine weitere Anfein-
zu verhindern
eine Veränderung
kreises gebeten.
in Sitzung der
igte man sich mit
aber einmütig
Dr. Stiff und
aus. Bemerkte sei
ähnlichen der
Redenfeld sowohl
vom Kreisaustrich

hmung
en.

11. September.

breiten verschiedent-
worden. An alle
bei auftretenden
Rate zu ziehen.
Grundmauern nie-
auf dem Unwesen
unbekannte Weile
er Kornspeicher bis
brannten. Es
d ein Diebstahl.

reit: 2574, Kerfel
Kerfel 68 Wochen
14 Mark; Läufer
tonate alle 20-38

ath. Ehen

brateten, Finanz-

Beamtendorf, die

reelle Großindustrie

ortuna

entrale

Heim-Ruhr, Kett-

St. 35. 1. 1. 1. 1.

tmund, Wittenhell-

34. 34. 34. 34. 34.

lucha, auch Sonnt.

nion, Brant, Kath.

Alleine mibe

die Bekanntheit

in Mährens oder

ne (eins 503) am

trat.

il. Aufschriften unter

501, an Dörfler

St. 1. 1. 1. 1. 1.

ena reell. Kath.

leben, 30 J. aus

bürgerl. Familie, m.

er Wähler, Möbeler

in einem Barockm.

einigen Herrn in ich.

nehmung dieses Zeu-

at kennen a. lernen.

um 364 an die

Werm. der Seno.

hen

den und Herren

n. freu reell, bis-

mit Celia

Amflicher Anzeiger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisteramt
und Vemtern des Kreises
Borken.

Geldstellen:
Bocholt, Realschulstr. 14.
Fernsprech-Sammel-Nr.
3054. - Rhode: Jol
Heinrichs. - Anholt:
W. Wolling. - Werth:
Th. Parris. - Sisse-
burg: Johann Welling.
Kingenberg: Schme-
derhans. - Dingden:
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Postverlagssort:
Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagssort:
Bocholt.

Wegzettel im Monat:
Abgabe von der Poststelle Nr.
2, ins Haus gebracht ein-
mal 25 Pf., Botenlohn 25 Pf., durch die
Post ein- und 42 Pf., Botenlohn 25 Pf.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperre, Betriebsstörung
usw., hat der Bezugsnehmer seinen An-
spruch auf Lieferung ob. Rückzahl.

Anzeigenpreise:
Für das einseitige Blattmeter
12 Pf., lokale Anzeigen 7 Pf., kleine
Familienanzeigen 7 Pf., kleine
(Gegensätze) Anzeigen 6 Pf., kleine
beidseitige und parteipolitische
Anzeigen 10 Pf. Für den all-
gemeinen (Zeno) Teil gelten
besondere Tarife.

Bei Abrechnung, Vergleichen,
Konten für den bezugs-
habenden fort. - Gerichtsstand:
für beide Teile Bocholt.

Rheider Volkszeitung.

Amfliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Anholter u. Jfelburger Zeitung.

Nummer 253

Montag, den 12. September 1932

Jahrgang 1932

Am Beginn einer entscheidenden Woche.

Wird der Reichstag spätestens am Donnerstag aufgelöst?

Die Reichskanzlerrede.

Berlin, 11. Sept.

Die heutige Sitzung des Reichstages hat durch die in ihr erwartete Regierungserklärung alle Anzeichen eines „großen Tages“. Den Sonntag über ist an der Regierungserklärung noch gearbeitet worden. Sie wird auch wohl erst Montag vormittag endgültig fertig werden, da der außenpolitische Teil natürlich unter Berücksichtigung der französischen Note und der Reden abgefaßt werden muß, die Herriot und andere Mitglieder des französischen Kabinetts heute gehalten haben. Des weiteren wird der Reichskanzler das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und besonders die sozialpolitischen Fragen erörtern. Endlich wird er auch die handelspolitische Lage und hierbei besonders die Frage der Kontingente behandeln. Vor Beginn der Sitzung haben fast sämtliche Fraktionen Sitzungen abgehalten. Dabei wird auch endgültig darüber entschieden werden, wer von den einzelnen Fraktionen als Redner für die sich an die Regierungserklärung anschließende politische Aussprache vorgeschickt werden wird. Die Sozialdemokraten haben bereits den ehemaligen Reichspräsidenten Loebe und den Abgeordneten Tarnow benannt. Für die Nationalsozialisten dürfte Gregor Straßer das Wort nehmen. Die Deutschnationalen werden aller Voraussicht nach den Abgeordneten Oberführer ins Feld schicken, wenn nicht, wie verlautet, nur eine Erklärung von der Fraktion zu der Regierungserklärung abgegeben wird. Für das Zentrum dürfte der Abgeordnete Joos das Wort führen. Für die Kommunisten ist der Abgeordnete Pies als Sprecher in Aussicht genommen. Es ist anzunehmen, daß die Bayerische Volkspartei ihren Fraktionsführer, den Prälaten Lecht, vorschicken wird. Für die Deutsche Volkspartei werden die Abgeordneten Dingeldey oder Hugo als Redner genannt.

Eine gereizte Erwiderung.

Berlin, 11. September.

Der nationalsozialistische „Angriff“ brachte am Samstag eine aufsehenerregende Mitteilung, die darauf zurückging, daß allgemein die Ansicht verbreitet war, daß der zwischen dem Reichspräsidenten und den Parteien der Weimarer Republik vereinbarte Ausnahmevertrag in der Reichsregierung allzu geringe Bedeutung beilegt werde. Es hieß in dem Artikel u. a.:

„Die NSDAP wird jedoch sich gewisse Sicherungen beschaffen, ehe sie ihre Vertreter am Dienstag zum Herrn Reichspräsidenten entsendet. Es wird nämlich trotz eines regierungserklärenden Dementis zu dem geplanten Empfang versichert, daß der Gedanke dazu vom Reichskanzler von Papen selber stammt. (2) Er verlangt dabei, wie versichert wird, die Absicht, nachdem er am Montag die Regierungserklärung abgegeben hat, die Vertreter der beim Reichspräsidenten anwesenden Parteien in dessen Gegenwart zu fragen, ob sie bereit sind, daß ihnen nunmehr in den Einzelheiten bekannte Regierungsprogramme anzunehmen und zu befolgen. Wird diese Frage verneint, dann soll der Reichspräsident den Reichstag sofort auflösen.“

Wollte die Reichsregierung tatsächlich die zum Ziele einer Verständigung gedachte Aussprache mit dem Reichspräsidenten wirklich dazu benutzen, um unmittelbar danach den Reichstag aufzulösen, ohne ihm Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben, so würde das eine Bräufierung der Volkssouveränität sein, wie sie ungeheuerlich nicht gedacht werden könnte. Es war deshalb dringend nötig, daß die Reichsregierung zu diesem Gerücht Stellung nahm. Das geschieht in folgendem gereizten Kommentar des Wolff'schen Telegrafischen Büros:

„In einigen Zeitungen wird die Möglichkeit unterstellt, daß die Reichsregierung in unaufzüglicher Weise die zum Ziele einer Verständigung gedachte Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten dazu benutzen wollte, um den Reichstag nachher, d. h. nach der Regierungserklärung sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben. Diese bisherigen Gepflogenheiten in bestimmender Weise widersprechende Verdächtigung der Reichsregierung muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. Der Teilbestand ist folgender: Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Reichstagspräsidenten hatte der Reichspräsident sich bereit erklärt, am Tage nach der Regierungserklärung Vertreter der Reichstagsfraktionen, die gemeinsam eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit bilden zu können glauben, zu einer Aussprache zu empfangen. Die Reichsregierung hatte diesen Wunsch bereitwillig befürwortet.“

Der Zeitpunkt dieser Aussprache war von den Parteien, die beim Herrn Reichspräsidenten vorstellig geworden waren, selbst gewählt worden. Er ist der Reichsregierung völlig gleichgültig. (11)

Ueber seine Zweckmäßigkeit sind nachher bei den oben genannten Parteien selbst Zweifel aufgetaucht, die zu mehrfachen neuen Bitten führten, die dem Herrn

Reichspräsidenten zum Teil sogar durch die bereitwillige Vermittlung des Reichstagspräsidenten vorgetragen wurden.

Der Herr Reichspräsident hat sich auch sogleich mit einer Vorverlegung des Empfangs auf einen Termin, der der Regierungserklärung vorausgehen könnte, einverstanden erklärt.

Diese Annahme ist irrig, daß die Reichsregierung durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Aussprache im Reichstag zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung steht vielmehr einer solchen Debatte mit größtem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Aufklärung des deutschen Volkes verspricht, und weil sie keine Möglichkeiten ungenützt lassen möchte, auch im Reichstag eine Mehrheit für ihr Programm zu finden.“

Wann findet der Empfang beim Reichspräsidenten statt?

Berlin, 11. September.

In der obigen Entgegnung ist also noch von einer Vorverlegung des Empfangs der Parteiführer die Rede. Ueber den Termin waren während des Samstag-Nachmittags und des Sonntags ganz bestimmte Nachrichten verbreitet. So hieß es in einer als amtlich bezeichneten Meldung von Samstag: „Reichstagspräsident Göring hatte beantragt, daß eine Unterbrechung zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und den Vertretern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stattfinden möge. Hiermit hatte sich der Herr Reichspräsident einverstanden erklärt und die Unterbrechung auf Dienstag anberaumt. Heute hat Herr Göring gebeten, daß die Unterbrechung schon am Montag stattfinden möge. Auch hierzu hat der Herr Reichspräsident sein Einverständnis erklärt.“ Von anderer Seite hieß es sogar bestimmt, der Empfang werde am Montag um 5 Uhr stattfinden, während nach den bisherigen Einladungen die Sitzung des Reichstages um 3 Uhr beginnt. Nun führt aber eine am späten Sonntagabend eingelaufene offizielle Meldung aus:

„Wenn die Dinge im Reichstag programmäßig verlaufen, schließt sich am Dienstag an die Regierungserklärung die politische Aussprache an, die man auf zwei, vielleicht drei Tage berechnet. Ein etwas verzerrtes Vorspiel zur Parlamentstagung hat die Frage des Empfangs der drei Fraktionsführer beim Reichspräsidenten geliefert. Die verschiedenen Mitteilungen, die hierzu am Sonntagabend erschienen, haben die Situation noch unklar gestaltet.“

Sicher ist nun, daß der Empfang am Montag nicht stattfinden wird. Am späten Abend des Sonntags hat der Reichstagspräsident dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt, daß der Besuch am Montag nicht möglich sei und daß er verschoben werden möchte.

Das ist dem Reichspräsidenten am Sonntag vormittag vorgetragen worden. Ueber einen neuen Zeitpunkt hat er eine Entscheidung noch nicht gefaßt. Es wäre auch denkbar, daß er abwartet, welchen Terminvorschlag die drei Parteien nun machen. Im engeren Kreise kann man übrigens bereits die Auffassung hören, daß der Besuch jetzt überhaupt in Frage gestellt sei. Von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die halbamtliche Erklärung, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß der Reichspräsident sich mit einer Vorverlegung des Empfangs auf einen Termin einverstanden erklärt habe, der der Kanzlerrede vorausgehen konnte. Damit wird die Bereitwilligkeit des Reichspräsidenten unterstrichen, den Terminwünschen der Parteien Rechnung zu tragen. Gemeint ist wohl die Möglichkeit, daß die Regierungserklärung auch am Dienstag hätte abgegeben werden können, nachdem der Empfang am Montag nachmittags vorausgegangen wäre. Nach einer Meldung vom Sonntagabend, die ihren Ursprung im Reichstag hat, soll eine solche Verschiebung der Reichstagsführung aber aus technischen Gründen nicht möglich gewesen sein. Welcher Art diese technischen Gründe sind, ist nicht bekannt geworden. In gewissen politischen Kreisen sieht man

den Grund für den Verzicht auf den Montagsempfang darin, daß die Parteien jetzt befürchten, es könnte schon gleich nach dieser Aussprache ein voll-

ständiger Bruch offenbar und damit die Auflösung des Reichstages befürchtet werden.

Interessant ist, daß der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsausgabe bereits mit der Möglichkeit der Auflösung für Montag abend rechnet. Diese Auffassung ist bei normalem Ablauf der Entwicklung nicht richtig. Vielmehr

glaubt man in politischen Kreisen, daß die Auflösung erst Mitte der Woche kommen wird, und zwar spricht die stärkste Wahrscheinlichkeit für Donnerstag, immer natürlich vorausgesetzt, daß nicht aus dem Reichstag heraus Ueberraschungen auftreten, die zu einer schnelleren Auflösung führen.“

Von gut unterrichteter parlamentarischer Seite wird uns dazu mitgeteilt: Es ist verständlich, daß der Reichspräsident nicht gerade in Enttäuschen geraten ist, als von den drei genannten Parteien die Dispositionen mehrmals geändert wurden. Diese kleine Verfrümmung ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Reichspräsident die Vertreter der Mehrheit des Reichsparlamentes empfangen wird. Dadurch, daß auf Wunsch der drei Parteien der Zeitpunkt bis nach Erledigung der parlamentarischen Aussprache und vor Beginn der Abstimmung verlegt wird, kann die Pause in der Reichstagsberatung, die am Dienstag hätte eintreten sollen, weggelassen. Der Reichspräsident hatte zu dem neuen Termin bis zum Sonntagabend seine Zustimmung zwar noch nicht gegeben. Man kann aber annehmen, daß er sich dem Ersuchen der drei Parteien nicht entziehen wird, da er prinzipiell dem Empfang der Vertreter bereits am Freitag zugestimmt hat.

Eine Erklärung des Reichswehrministers.

WTB. Berlin, 11. September. (Drahtber.)

Entgegen anderslautenden Gerüchten, die zur Zeit umlaufen, soll Reichswehrminister von Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, zu einer Verschärfung des Gebots einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgendetwas tun würde, was den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnte.

Halblose Gerüchte.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 17. September. (Drahtber.)

Die „Voll. Ztg.“ behauptete in einem Artikel, der sich mit der Erklärung des Generals von Schleicher beschäftigte, es sei beabsichtigt gewesen, Herrn von Schleicher mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen, das gleichfalls als Präsidialkabinett firmieren sollte. In die neue Regierung solle der nationalsozialistische Abgeordnete Gregor Straßer als Vizekanzler eintreten. Die wichtigsten Portefeuilles sollten mit Persönlichkeiten besetzt werden, die den drei Parteien der neuen Reichstagsmehrheit (Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerische Volkspartei) angehören bzw. nahestehen. Die Namen der beiden Unterhändler seien nicht bekannt geworden, aber es werde behauptet, daß der Beauftragte des Zentrums dem gewerkschaftlichen Flügel der Partei angehöre. Das ist eins von den vielen halblosen Gerüchten, die in den letzten Tagen umflogen. Wie wir von einem Parlamentarier, der in den letzten Tagen an allen Beratungen der Zentrumsführer teilnahm, auf das bestimmteste erfahren, trifft die Behauptung der „Voll. Ztg.“ nicht zu. Die Vertreter des Zentrums haben die Personalfrage bisher noch nicht berührt. Dem Zentrum kommt es nicht auf die Personen an, sondern auf die Sache, und daher ist es um die Bildung eines Kabinetts bemüht, das in der Form eines Präsidialkabinetts sowohl das Vertrauen des Reichspräsidenten wie auch der Mehrheit des Reichstages besitzt. Wenn der Reichswehrminister mitteilt, daß er nicht bereit ist, zu einem von den Parteien gebildeten Kabinett die Hand zu bieten, so müssen wir darauf hinweisen, daß es dem Zentrum fern liegt, ein reines Parteikabinett zu bilden. Wir sind auch auf Grund guter Informationen in der Lage zu versichern, daß auch die Nationalsozialisten eine solche Absicht nicht haben. In politischen Kreisen wird die Auffassung vertreten, daß von parlamentarischer Seite aus

die Einflussmöglichkeiten auf den Reichspräsidenten nicht mehr besonders stark sein dürften. Dagegen ist die Hoffnung berechtigt, daß aus Kreisen der Industrie, wie es schon geschehen ist, in den nächsten Tagen in noch verstärkter Weise gegen eine Auflösung des Reichstages Sturm gelaufen wird, weil die Industrie durch Wahlen am laufenden Band in ihren Bemühungen um aufbauende Arbeit gehindert wird.

Mit Bestimmtheit läßt sich jedoch nichts sagen. Der politische Film rollt jetzt ab. Die Antwort auf die Frage,

Notlandung der „fliegenden Familie“.

Sie sendet SOS-Signale.

Kopenhagen, 11. September.

Bei der grönländischen Kolonialverwaltung ist gestern Abend 18 Uhr folgendes Telegramm eingelaufen:

Hutchinson (der bekanntlich mit seiner ganzen Familie den Atlantik überflogen wollte), ist um 16,10 Uhr Greenwicher Zeit auf dem Meere notgelandet. Position 65,28 Nord, 38,45 West. Die Maschine landete SOS-Signale, die von der Radiostation Angmagssalik aufgenommen wurden. Die Maschine wünschte sofortige Hilfe. Der englische Fischdampfer „Lord Talbot“, der sich 25 Meilen von der angegebenen Position entfernt befand, fuhr sofort zur Hilfeleistung ab. Bis 16,23 Uhr Greenwicher Zeit wurde durch die Radiostation Angmagssalik ununterbrochen die Verbindung mit der Maschine aufrecht erhalten. Nach dieser Zeit aber hat man auf Anrufe keine Antwort mehr bekommen. Um 17,30 Uhr Greenwicher Zeit war „Lord Talbot“ etwa 15 Meilen von der Position des Flugzeuges entfernt.

Seitens der Kolonialverwaltung erfährt Rikhus Büro folgendes: Die angegebene Position befindet sich,

soweit sich im Augenblick übersehen läßt, 20 bis 30 Viertelmeilen südlich von Angmagssalik und zwar sehr nahe der Küste und vielleicht sogar innerhalb der Schären. Da nähere Nachrichten fehlen, läßt sich im Augenblick weiter nichts mitteilen. Doch geht man davon aus, daß von Angmagssalik versucht werden wird, auf jede erdenkliche Weise Hutchinson zu bergen, falls Hilfeleistung noch möglich ist.

Vergebliche Suche.

Kopenhagen, 11. September.

Am 19,22 Uhr heute Abend teilte die Radiostation Angmagssalik mit, daß der Fischdampfer „Lord Talbot“ sich an der angegebenen Position befände, jedoch von dem Flugzeug nichts entdecken konnte. Der Fischdampfer sucht nun in südwestlicher Richtung. Der Kolonialverwalter ist beauftragt, so schnell wie möglich nähere Einzelheiten zu berichten. Die Kolonialverwaltung in Kopenhagen versucht mit dem Rostocker Knud Rasmussen an Bord des Schiffes „I. S. Stauning“ in Verbindung zu kommen, um seine Meinung über weitere Nachforschungen zu hören.

Um die Einfuhrkontingentierung.

Berlin, 10. September.

Die Pläne wegen der Einfuhrkontingentierung für Agrarzeugnisse sind, wie wir erfahren, noch nicht fertiggestellt; endgültige Entscheidungen werden voraussichtlich in einer Kabinettsitzung gegen Mitte der nächsten Woche fallen; erst dann sollen die Verhandlungen mit den beteiligten Handelsvertragsländern aufgenommen werden.

Die Staatspartei bleibt bestehen.

Berlin, 11. Sept.

Der Gesamtverband der Deutschen Staatspartei beriet am Sonntag in Berlin über die politische Lage und über die Zukunft der Deutschen Staatspartei. Nach Schluß der Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen: „Der Gesamtverband der Deutschen Staatspartei beschließt, die Partei aufrechtzuerhalten.“ Der Vorstand bekundet die Bereitschaft der Partei, sich an

einer umfassenden Bewegung zu beteiligen, die den freibewilligten Kräften des deutschen Volkes die Machtstellung erringt, auf die sie Anspruch haben.“

Der deutsche Antrag auf Zahlungsausschub an Amerika.

Berlin, 10. September.

Von unterrichteter Seite wird zu den Berichten über den beabsichtigten deutschen Antrag auf Zahlungsausschub bei der amerikanischen Regierung erklärt, daß es sich dabei nicht um ein Moratorium handelt, sondern lediglich um einen Zahlungsausschub. Eine amtliche Erklärung wird erfolgen, wenn vorher in Besprechungen mit amerikanischen Regierungsstellen noch eine Reihe von Vorfragen geklärt sind. Der Betrag, um den es sich handelt, und der sich zusammen aus den deutschen Zahlungen für die Belohnungslofen und den sogenannten War Claims, beläuft sich auf 60 Millionen RM jährlich.

ob wir ein glückliches Ende sehen werden, liegt im Schoße der Zukunft.

Kritik an Vizepräsident Graef.

München, 10. September.

Der „Allgemeine Beobachter“ nimmt Stellung zu der Haltung des Vizepräsidenten Graef beim Empfang des Reichstagspräsidenten durch den Reichspräsidenten und erklärt, der Widerstand des deutschen Nationalen Vize-

präsidenten Graef gegen die Besprechung der politischen Lage beim Reichspräsidenten sei eine Illusion, die nicht damit gerechtfertigt sei, daß die deutsche nationale Partei politisch eigenem Wege gehe. Das Reichstagspräsidenten sei in seiner Gesamtheit der Repräsentant des Reichstags und daher das berufene Sprachorgan seiner Interessen gegenüber dem Reichspräsidenten. Wenn die Reichsregierung wie es heute der Fall sei, nur das Vertrauen des Reichspräsidenten aber nicht das des Reichstags habe, gewinne das Reichstagspräsidenten eine gegenüber seinen formalen Befugnissen erhöhte politische und verfassungsmäßige Bedeutung.

Die französisch-amerikanische Marne-feier.

Eine Friedensrede Herriots

Paris, 11. September.

Der französische Ministerpräsident Herriot hielt am Sonntag in Paris eine Rede bei der er anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals zur Erinnerung an die Marne die Marne feierte. In der Rede erwähnte er die amerikanische Botschafterin Edge und den General Pershing herzlich begrüßte. Nachdem er auf die französisch-amerikanische Freundschaft hingewiesen hatte, erklärte er: Wir Franzosen müssen verstehen, daß unsere amerikanischen Freunde genau wie wir die vielen Leiden der heutigen Zeit kennen und daß auch ihre Staatsmänner sich schwersten Problemen gegenübergestellt sehen. Um so größeren Dank müssen wir diesen Staatsmännern zollen, wenn sie auf dem Wege der Vernunft die durch Gewalt gestörte Ordnung wiederherzustellen suchen. Das ist der Sinn des hochherzigen Vorschlages, den Präsident Hoover kürzlich an die Völker der Welt vorgelegt hat. Frankreich hat diesen Vorschlag mit aufrichtiger Achtung entgegengenommen und erwidert ihm, um sich in wirksamer Weise dieser bedeutsamen Initiative anzuschließen.

Nach einem Hinweis auf den Briand-Kellogg-Pakt erklärte Herriot: Genosse Briand würdigt die Faltung, die Frankreich in Kaufnahme im Interesse des Friedens eingenommen hat mit einem Wohlwollen, das uns undankbar und ungerechtigt ist. Wenn wir uns aber selbst in notwendigen Angelegenheiten haben, unsere Freunde zu verstehen, so haben wir vielleicht auch das Recht, unsere Freunde an ihre Verantwortlichkeit für Frankreich zu appellieren, dessen Brüderlichkeit die Welt schon so sehr vermissen hat und daß gewisse Propaganda-Kampagnen zu entwickeln suchen. Herriot betonte sodann Frankreichs Friedensliebe. Man beschuldige Frankreich, daß es kriegerisch sei. Sei das wahr? Er (Herriot) wolle vor allem leichten Protesten und Vergleichen Halt machen. Wo könnte man besser als gerade hier in Meaux an die grausamen Wunden und Schäden erinnern, die nur dem Schicksal nach wieder aufgemacht worden seien, die Schäden jener tödlichen Barbarei, die man Krieg nenne?

Der Friede sei im Herzen eines jeden Franzosen als tiefste Leidenschaft verankert. Er habe Frankreich die Zugeständnisse und Verpflichtungen eingegeben, zu denen es sich bereitfindet. Wir, erklärte Herriot, wollen, daß der Friede in Frankreich überall genährt wird. Wir werden uns helfen, durch unvorstellbare Kumbungen jene Machtinstinkte zu wecken, die man nicht mehr zugeben kann, wenn man sie sich einmal hat entfesseln lassen. Wir müssen aber gerade in diesen Tagen und an diesem Ort über den Frieden nachdenken. Es genügt nicht, den Frieden zu wollen, man muß ihn auch erzwingen. Es wäre zu wünschen, daß die Zukunft der Moral die Wiederholung des Krieges unmöglich mache. Wir leben hier an den besten Tagen und hellen Ufern der Marne, die nach getrennt in Blut getaucht waren. Denken wir daran. Was wäre aus uns geworden, ohne die genialen Improvisationen eines Generalstabes, der durch eine Willensanstrengung zu einem entscheidenden Mittel des Sieges umwandelte? Und obwohl Frankreich überall Hilfe und Unterstützung gefunden habe, hätte die unglückliche französische Zivilbevölkerung vier Jahre lang das Martyrium der Verbannung oder der Invasion kennen gelernt.

Beständig und unabhängig denkende Leute mühten also die Belorger Franzosen begreifen, wenn es von gewissen gefährlichen Kumbungen hieße.

Diese Belorger Franzosen steht nicht im Widerspruch zu dem Wollen, den Frankreich dem Rufe zu den Waffen entgegenbringe. Diese Belorger bringe lediglich den belorgeren Wollen in Frankreich, die sich im Frieden zu leben, zum Ausdruck. Diese Belorger lasse Frankreich genug Ungefährlichkeit, um einen Aufruf zur Wiederaufnahme der Kämpfe zu richten, die Frankreich so schwer befehligen hätten. Dies seien in der Stunde, in der jeder seiner tiefen Abzehrung gemäß sprechen müßte, die Gesetze Frankreichs, Frankreich wolle, daß man den Ernst begreife, und daß man sich darüber so frei ausdrücke (discrete) wie er (Herriot) es soeben ausgedrückt habe. Der Aufbau des Friedens würde ohne derartigen Gedankenanstrengung unmöglich sein.

Kriegsminister Paul-Boncour

feierte den Sieg an der Marne als die Zerkümmern eines ganzen politischen Systems.

„Eine ganze Auffassung, ein ganzes politisches System“, so sagte er, „ist durch die Marne zerstört worden. Dieses System, das von Deutschland mit der Methode durchgeführt wurde, die ihm eigen ist und das in Sedan und Sedan gekollert hatte und das in dem bewaffneten Frieden bestand, um darin Milliarden in die Bewaffnung und alle wehrfähigen Kräfte in die Kaserne zu stellen. Dieses System ist mit der Marne zerstört zusammengebrochen, und Frankreich hat ein Recht, die anderen nicht wieder aufzukaufen zu lassen.“

Handelsminister Durrand feierte in seinen kurzen Ausführungen die französisch-amerikanische Freundschaft und benutzte diese Gelegenheit, um im Zusammenhang mit den augenblicklichen Handelsverhandlungen darauf hinzuweisen, daß nur durch gegenseitige Zugeständnisse ein für beide Teile nutzbringendes Ergebnis erzielt werden könne.

Nach dem Festessen im Rathaus zu Meaux begaben sich die Mitglieder der Regierung nach Vorebde, wo das riesige amerikanische Erinnerungsdenkmal eingeweiht wurde. Zu beiden Seiten der etwa 7 Kilometer langen Landstraße bildete eine nach Tausenden zählende Menschenmenge Spalier. Obwohl der Bürgermeister von Meaux in seiner Rede besonders betonte, daß die Enthüllung des Denkmals nicht einer jener lärmenden Kundgebungen gleich sein sollte, wie man sie andererseits (gemeint ist Deutschland) gewöhnt ist, strömte das weite Volk um das Denkmal im Kriegeschaum. Soldaten mit aufgefängtem Bajonett, der große Generalstab und Angehörige von Kriegervereinen bildeten den äußeren Rahmen dieser Feierlichkeit, bei der keiner der Redner veräußerte, auf den angeblichen Widerstand an Frankreich, die Verletzung der belorger Neutralität und den Sieg Frankreichs hinzuweisen, der ihm nun-

mehr unwiderstehliche Rechte einräume, die nicht angetastet werden dürften.

Die ersten Zwischenrufe erfolgten, als der Vizepräsident von Meaux den Namen Briand aus sprach. Von allen Seiten ertönten Rufe, und Staatspräsident Lebrun ebenso wie Herriot zeigten sich leicht verärgert über diese unprogrammierte Trübung der Feier. Gendarmerie griff ein.

Die Rede des amerikanischen Botschafters.

Paris, 11. September.

Bei der Enthüllung des Denkmals in Meaux sprach auch der amerikanische Botschafter Edge, der das Denkmal dem französischen Volk als

Symbol für die unzerstörliche Entente und beständige Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich übergab.

Seine Rede, führte der Botschafter aus, entfachte die Sympathien des amerikanischen Volkes für das Schicksal einer Nation, die für die Befreiung

Die Nachprüfung der Angaben Daubmanns.

Die Stellungnahme der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener.

Berlin, 10. September.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, die sich sehr eingehend mit der Angelegenheit des angeblich aus französischer Gefangenschaft entflohenen ehemaligen Kriegsgefangenen Daubmann beschäftigt hat, hatte auf Grund der ersten Darstellungen in ihrer Beurteilung der Angelegenheit starke Zurückhaltung geübt. Diese Zurückhaltung war vor allem dadurch begründet, daß in den ersten Berichten Daubmanns sehr erhebliche Lücken enthalten waren, wodurch die Angaben teilweise außerordentlich unklar und unklar anmuteten. Nachdem nun in weiteren Verhandlungen mit Daubmann, die wie kürzlich berichtet, in einem umfangreichen Protokoll ihren Niederschlag gefunden haben, die Zusammenhänge zum großen Teil geklärt sind, ist man in den Kreisen der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener der Auffassung, daß die jetzt vorliegende zusammenhängende Schilderung Daubmanns im allgemeinen als durchaus sachlich angesehen werden könne und Übertreibungen vermeide. Durch ihre jetzt erheblich präzisierten Angaben gewinne sie sogar einen gewissen Grad von Glaubwürdigkeit. Wenn auch teilweise die objektiven An-

Waffenfunde bei SA-Leuten.

Sprottau, 10. September.

Bei den durch Beamte der Landestriminialpolizei und Landjäger am 9. ds. Mts. in Malsch im Kreise Sprottau vorgenommenen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen wurden in der Wohnung des SA-Mannes Hans Burghard von Diebstahl eines Gewehrs (Modell 98) und in dem Hause des SA-Mannes (Modell 98) und etwa 2500 Schuß Munition gefunden. Die Waffen waren im Stroh versteckt und sollen von Diebstahl besorgt worden sein, der den Beamten Angaben über die Herkunft der Waffen verweigerte.

Der Krieg im Chacogegebiet.

Berlin, 10. September.

Zu den jüngsten Ereignissen im Chacogegebiet teilt die hiesige Bolivianische Gesandtschaft mit:

Nach einem in den Abendstunden eingegangenen Communiqué aus dem Bolivianischen Hauptquartier, das unter Führung des Generals Quintanilla steht, werden die paraguayischen Truppen, die bei dem 15. künftigen Angriff auf Fort „Bouqueron“ zurückgeschlagen wurden, fortgesetzt von den bolivianischen Truppen verfolgt. Die Paraguayier ziehen sich in großer Unordnung in der Richtung nach Bolivien zurück, wobei sie wertvolles Kriegsmaterial hinterlassen. Ein weiteres Communiqué besagt, daß ein anderer paraguayischer Angriff bei Aguacira nach zweifelhaftem Gelingen ebenfalls zurückgeschlagen wurde. Bei diesen Kämpfen sind alle Armeegattungen eingesetzt worden. Die Communiqués melden erhebliche Verluste auf beiden Seiten.

Die Bolivianische Gesandtschaft teilt weiter mit, daß die Meldungen über angebliche Niederlagen von bolivianischen Truppen im Kampfgebiete und die Meldungen, die Bolivien als Angreifer bei diesen Kampfhandlungen bezeichnen, durchaus nicht der Wahrheit entsprechen.

Bestürzte Paraguays über Bolivien beim Völkerverband.

Muncion, 10. Sept. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die Regierung von Paraguay auf Schritt und Tritt die Haltung der Neutralen im Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay erwarte. Die Regierung werde im gegebenen Augenblick den Völkerverband über die Chacofrage unterrichten und Bestürzte über Bolivien erheben, das die Feindseligkeiten eröffnet habe, ohne Paraguay den Krieg zu erklären. Die Regierung von Paraguay wird den Völkerverband darauf aufmerksam machen, daß Paraguay die Rechte, die ihm auf Grund der Notwehrverteidigung zustünden, in Anspruch nehme.

ihres Gebietes von ausländischer Invasion. Der amerikanische Grundgesetz, der im eigenen Hause, lasse sich wie folgt überlegen: Erstes Recht jeder Nation sei es, vor der Invasion, gerechtfertigt dieses Dogmas sei tief im Herzen des amerikanischen Volkes verankert und wenn es sich, daß Gebiete überfallen würden, werde es von hochherziger Empörung ergriffen und beschließt in- schließlich, der überfallenen Nation moralische und, wenn nötig, materielle Unterstützung zu gewähren. Dieser Gedanke sei auch für den Beschluß, den Marne-Sieg durch ein Denkmal zu feiern, maßgebend gewesen. Das Marne-Denkmal sei ein weithin strahlender Gedenkstein der französisch-amerikanischen Entente. Möge er zu einer Zusammenarbeit beider Völker auf allen materiellen und moralischen Gebieten führen und allen Nationen als Beispiel verständnisvoller Toleranz, großmütiger Nachsicht und aufbauender Bestrebungen dienen, die Begehrtheit und Sadger einer neuen Ordnung Platz machen, die auf dem internationalen Vertrauen, gerechten Beziehungen und dem Frieden aufgebaut sei.

Die französische Wehrantwort.

Paris, 11. September.

Im Anschluß an den gestrigen französischen Ministerrat wurde folgende amtliche Verlautbarung herausgegeben:

„Ministerpräsident Herriot unterbreitete dem Rat den endgültigen Wortlaut der Antwort an Deutschland, die nach im Laufe des gestrigen Sonntags der Reichsregierung übermittelte werden soll. Dieser Wortlaut ist von den Mitgliedern der Regierung einstimmig gebilligt worden. Finanzminister Germain-Martin und Haushaltsminister Poincaré haben dem Rat die Gründe auseinandergesetzt, die im Interesse des Landes die Konvertierung der Renten notwendig machten. Das Kabinett hat sich dem Standpunkt der Minister angeschlossen und den Beschluß gefaßt, die beiden Kammern für Freitag, 16. September, einzuberufen, um ihnen die diesbezüglichen Gesetzesentwürfe zu unterbreiten. Der Präsident der Republik hat das Einberufungsdekret unterzeichnet.“

Die Note wird am Dienstag vormittag veröffentlicht.

gaben unwahrscheinlich klingen, so könnten sie doch nicht von vornherein als völlig unmöglich zurückgewiesen werden. So beispielsweise sei es unwahrscheinlich, daß keinerlei Akten über die Verhandlungen in Frankreich gegen Daubmann vorhanden seien sollten. Andererseits könne dies aber nicht als unmöglich bezeichnet werden. Wenn es die Schilderung Daubmanns über den Weg seiner Flucht, seinen Aufenthalt in den verschiedenen nordafrikanischen Städten und seine Behandlung in den französischen Gefängnissen beurteilt werden. Alles klinge nicht unmöglich.

Auf jeden Fall handelt es sich bei den Erlebnissen Daubmanns um einen besonderen Einzelfall, dessen grundsätzliche Bedeutung darin besteht, daß, wenn seine Angaben sich wirklich als im wesentlichen wahr erweisen sollten, die immer wieder erneuten amtlichen französischen Behauptungen, es seien keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Frankreich, als ungenügend erweisen müßten. Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener warnt aber dringend davor, aus diesem Einzelfall Daubmann nun zu folgern, daß etwa von den zahlreichen vermissten Deutschen sich noch eine größere Anzahl irgendwo in französischer Kriegs- oder Zivilgefangenschaft befinden könnte. Es wäre völlig ungerechtfertigt, wenn die Angehörigen solcher Vermissten sich nun Hoffnungen machen würden, für die keinerlei Anhaltspunkte vorhanden sind.

Wiederaufkommen der Kämpfe an der Grenze von Paraguay.

Paris, 10. Sept. Wie Savas aus Buenos Aires meldet, haben nach Nachrichten von der Grenze paraguayische Truppen das Fort Camacay (?) wieder erobert. Um das Fort Bouqueron tobt seit gestern früh ein erbitterter Kampf. Die paraguayischen Truppen erhielten fortgesetzt Verstärkungen.

Abwehrvorkehrungen gegen einen Luftangriff in Muncion.

Muncion, 10. Sept. Hier werden alle Vorkehrungen getroffen, um einen Luftangriff auf Muncion abzuwehren.

Amerika erfucht um Einstellung der Feindseligkeiten.

Washington, 11. September.

Die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien, Chile und Peru haben an die Regierungen von Bolivien und Paraguay eine solche Noten gerichtet, in denen die Einstellung der Feindseligkeiten gefordert wird.

Aufklärung des Berliner Frauenmordes.

Berlin, 11. September.

Der Frauenmord am Tempelhofer Ufer erscheint nach dem jetzt vorliegenden Material aufgeklärt, wenn auch ein Geständnis noch nicht vorliegt. Als dringend verdächtig wurde von der Mordkommission der 28jährige Bürogehilfe Friedrich Stark ermittelt. Stark flüchtete aus Berlin; die Spuren wiesen nach Stuttgart. Daraufhin wurde die dortige Kriminalpolizei ersucht, nach dem Mörder zu fahnden. Auf Grund der gegebenen Anhaltspunkte wurde er im Laufe des Sonntags dort ermittelt und festgenommen. Kriminalkommissar Dr. Bartsch ist nach Stuttgart entsandt worden, um die weiteren Ermittlungen zu führen und Stark nach Berlin zu bringen. Stark hat sich in Berlin umhergetrieben und verschiedene Diebstähle als sogenannter Einmitedieb ausgeführt. Am Tage nach dem Mord ist er aus Berlin verschwunden. Nachweislich hat er in Berlin Sachen veräußert, die er dem Untervermieter der Frau Brusca entwendet hatte.

Erpressungsversuch an einer Tänzerin

Berlin, 10. Sept.

An der Tänzerin Marianne Winkelmann, die zurzeit in London auftritt, ist ein raffinierter Erpressungsversuch unternommen worden. Die Erpressung steht im Zusammenhang mit dem Berliner Gerichtsverfahren, das die Tänzerin wegen eines Verzehrsunfalles zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und gegen das ihr Rechtsanwalt Bezugung eingelegt hatte. Die Tänzerin erhielt ein Telegramm aus Berlin, in dem sie aufgefordert wurde, umgehend 8000 Mark nach

Berlin zu überweisen. Ihr Rechtsbeistand hatte durch Verhandlungen eine Umwandlung der Freiheitsstrafe in Geldstrafe erreicht. Die Bedingung wäre aber, daß das Geld sofort eingezahlt werde und spätestens heute mittag in Berlin eintreffen müsse. Der Stil des Telegramms ließ eigentlich an der Echtheit keinen Zweifel aufkommen, doch rief Berliners Rechtsbeistand an. Der Anwalt hatte von dem Abgang des Telegramms keine Ahnung und rief ihn, sein Geld abzulehnen. Die Kriminalpolizei ist von den Vorgängen sofort verständigt worden.

Universitätsprofessor Dr. Wahrmund-Prag †.

Prag, 10. Sept.

Im Alter von 79 Jahren verstarb hier heute der frühere Professor des Kirchenrechts an der deutschen Universität Prag Prof. Dr. Ludwig Wahrmund nach längerem Leiden. Wahrmunds Name wurde im Jahre 1908 durch die Abwehrbewegung, mit der das katholische Österreich Wahrmunds Eintreten für die „freie Wissenschaft“ und für die Ehereform bekämpfte, weltbekannt. Die bekannte „Wahrmund-Affäre“ hat damals ganz Österreich in Erschütterung versetzt. Wahrmund wurde von Innsbruck, wo er zu jener Zeit wirkte, nach Prag verlegt. Hier war er zehn Jahre als Professor „extra statum“ tätig, ehe er nach dem Umsturz wieder in seine früheren Rechte eingesetzt wurde.

Eine Milliarde Kronen Nachlassschulden Kreugers.

Stockholm, 10. Sept.

Die am Sonntabend veröffentlichten Ziffern über den Kreugerkonkurs erbringen das aufsehenerregende Ergebnis, daß die ungedeckte Schuld des persönlichen Nachlasses von Zvar Kreuger weit mehr als eine Milliarde Kronen beträgt. Die Passiven sind nämlich mit 1170 Millionen Kronen angegeben und die Aktiven nur mit 98 Millionen. Die Konkursverwaltung betont, daß es infolge der mangelhaften Buchführung von Kreuger unmöglich war, und auch niemals möglich sein wird, ein genaues Verzeichnis über die Aktiven und Passiven aufzustellen. Im besonderen kann in vielen Fällen nicht festgestellt werden, ob die Werte oder Schulden Zvar Kreuger bezug. seinem Nachlass gehören oder der W. B. Kreuger u. Toff. Das Verzeichnis der Schuldner führt eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten an, darunter den Chefredakteur einer Stockholmer Zeitung mit drei Forderungen von zusammen 183 000 Kronen, eine bekannte schwedische Opernsängerin mit 40 000 Kronen usw. Der Redakteur der kommunistischen Zeitung in Stockholm hat 35 000 Kronen gegen Verpfändung von Aktien seiner Zeitung erhalten; die kommunistische Zeitung selbst hat ferner 100 000 Kronen gegen Hypotheken und Bürgschaften bekommen. Unter den bereits zurückerstatteten Beträgen befinden sich die 100 000 Kronen für den früheren Ministerpräsidenten Ekman und die freisinnige Partei, sowie 70 000 Kronen, die unbekannte und ungenannte Personen an die Konkursverwaltung zurückerstattet haben. Von den beiden in Konkurs versetzten leitenden Direktoren im Kreuger-Konzern weist die Konkursmasse von Direktor Sjöström 1,7 Mill. Kronen Aktiven und 34,7 Mill. Kronen Passiven auf. Der stellvertretende Generaldirektor Lottin hat 1,9 Mill. Kronen Aktiva und 20,8 Mill. Kronen Passiva. In beiden Fällen sind große Regressforderungen gegen Zvar Kreuger bezug. Kreuger u. Toff vorhanden. Die Konkursmasse der W. B. Kreuger u. Toff schließt mit einem Defizit von 272 Mill. Kronen, die Aktiva beträgt 508 Mill. und die Passiva 780 Mill. Kronen.

Der Sieger im Europa-Rundflug tödlich abgestürzt.

Prag, 11. September.

Der polnische Sieger im Europa-Rundflug, Zwirko, ist heute früh 8 Uhr mit seinem Flugzeug abgestürzt. Zwirko und der ihn begleitende Konstrukteur des Flugzeuges WND 6, mit dem Zwirko seinen Sieg im Europa-Rundflug gewann, Ingenieur Wigura, waren auf der Stelle tot. Die Flieger befanden sich auf dem Wege nach Prag. Das Unglück ereignete sich 14 km westlich von Tschelisch-Tschelisch. Ueber die Ursache des Absturzes wird gemeldet, daß das Flugzeug bei einem starken Gegenwind ins Trudeln geriet und von dem Piloten nicht mehr rechtzeitig in die Gleichgewichtslage gebracht werden konnte. An der Unglücksstelle erschienen kurz nach dem Absturz Vertreter der tschechischen und der polnischen Behörden.

Charbin von chinesischen Räubern bedroht.

Blutige Zugüberfälle.

Charbin, 11. September.

In der Nacht zum Sonntag wurden wieder zwei Personenzüge von chinesischen Räubern überfallen und vollkommen ausgeplündert. In einem Falle brachten die Banditen einen Zug bei Schwenhschenpu durch Zerstören des Eisenbahndammes zum Entgleisen, töteten und verwundeten über 100 Personen und beraubten die 600 Fahrgäste ihrer sämtlichen Habe. Die Toten und Verwundeten wurden am Sonntag nach Charbin gebracht. Bei einem anderen Zugüberfall bei Wütsche wurden sieben Fahrgäste getötet und 10 verwundet. In den Morgenstunden des Sonntags wagten sich die Banditen sogar bis in die Außenbezirke Charbins, wo sie erst nach erbittertem Kampfe überwältigt werden konnten.

Verhaftung des Besitzers des Führbootes „Observation“.

Newyork, 10. September.

Alexander Forsthe, der Besitzer des im Newyorker Hafen verunglückten Führbootes „Observation“, liegt wegen der Verwundung, die er bei der Explosion davongetragen hat, im Krankenhaus. Da er verhaftet ist, an dem Unglück schuldig zu sein, wird er auch nach seiner Wiederherstellung nicht entlassen, sondern verhaftet werden, es sei denn, daß er eine Kaution von 25 000 Dollar stellt.

Außer dem Eigentümer sind noch weitere drei Personen, darunter zwei Feigier, vorläufig in Haft genommen worden, da ihren Aussagen erhebliche Bedeutung für die Aufklärung des Unglücks beigemessen wird. Der Inspektor des Schiffahrtsbüros hat Verweise gegenüber angeordnet, daß die Explosion durch Dynamit verursacht sein könnte.

Neue B...

Wiesbaden h...
helt darüber, c...
Teil ineinander...
lichen Weltkri...
Grenze an and...
stellen - also...
zu überleben...
von Veronen...
Welches eines o...
Grenzauweisel...
nicht auf die 3...
sen daher beim...
Land und umge...
Grenze führend...
benutzen. - Zi...
Deutschland sch...
ordnung vom 1...
stimmungen von...
Gegenstände ein...
einer Zollkran...
ten Sachen der...
führen müßten...
einzelnen Falle...
steuer oder ein...
oder nicht. Da...
Beibehaltung...
die bei der Ein...
liegen, sind dan...
rungsmittel sel...
geben, nach den...
den Weg über e...
sie sonst noch e...
nahme von dem...
deren Wegen ein...
des Grenzen nur...
von Verändern...
sollte Verzeih...
denen die Zoll...
Fälle vor dem...
Laubnis dazu er...
geben Erlaubnis...
mächtig. Somit...
getragen werden...
land ist nach a...
Verkehr grundsä...
über hinaus lö...
vor, daß Reisen...
Fahrer - be...
haben, das An...
anastelle also

Interessante

Der Kreiau...
Sitzung mit einer...
streitliche des...
gegen den Jagd...
rufen worden. D...
Bezirks 3 von...
solle, wenn H...
seinen Hof liege...
etwa 500 Morgen...
ein Fünftel des...
beiden anderen...
wollten gegen E...
jagdbelieben des...
Morgen, gemein...
erhielt Heumann...
die beiden ander...
wächter den Bach...
Landwirt Seidm...
gebieten des drit...
nicht hierzu, w...
eines Unfalles...
Schwierigkeit...
daß bei selbstän...
Windstöße ohne...
leben würde, land...
benen damaligen...
eine Beschreibung...
Besitzes und dem...
gemeinter Benne...
schlag vereinbart...
machung jetzt gen...
zu belegen. Dies...
schon Gültigkeit...
doch später, dies...
rief sich auf die...
machung. Die bei...
daran, sondern...
vorher und dem...
einbarung gemein...
dritte Bezirks...
allein ausüben...
schutze einen...
ausüben. Der...
Todeshülfe, tünd...
tung den Nachb...
des Jagdgebietes...
sich auf die...
stimmungen. W...
wären nach dem...
Landwirte die...
gütlich gewesen...
schon an und die...
nicht das Recht...
zu lassen und da...
eis entnomme...
monat, wenn ein...
dem Jagdgebiet...
sollte diesem...
Bertrag gekündigt...
Anpächter dann...
einem solchen...
pächtern gekündigt...
werden. Der Kre...
einen Eintrag...
auführen. Der Kr...
seiner Zuständ...
licher privaten...
teilten, weil die

Münster, 12. 6...
Abtei St. Sulpic...
auch in diesem...
Gerichte ein Reli...
Das Thema, das...
schaften und Aus...
„Tugendkrebe...
genger ist Vater...
Außerdem werden...
sich an den Bort...
vom 17. Septembe...
gens). Unterfunt...
pro Tag 2—3 M...
pater entgegen...
berichtet für Stude...
gionshochkultur...
lischen Studierend...
daß auch der ob...
von Teilnehmern

Δ Münster, 12...
Befehl 60 Jahre...